

Thorner Zeitung.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme
des Montags. — Pränumerations-Preis für
Einheimische 2 M. — Auswärtige zahlen bei den
Kaiserl. Postanstalten 2 M. 50 S.

Begründet 1760.

Redaktion und Expedition Säuerstraße 255.
Inserate werden täglich bis 2 Uhr Nachmittags
angenommen und kosten die fünfspaltige Zeile
gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 10 S.

Nro. 218.

Mittwoch, den 18. September.

1878.

Zur Wahl in Langensalza-Mühlhausen.

Im thüringer Reichstags-Wahlkreise Mühlhausen-Langensalza fand eine Nachwahl statt, bei welcher es sich um 3 Kandidaten handelte: den freiconservativen 26jährigen Grafen v. Bismarck, jüngsten Sohn des Reichskanzlers, ferner den nationalliberalen Geheimen Rath Professor Neuleau und den ultramontanen Kreisrichter Schilling. Der Ausfall der Wahl war derartig, daß Graf Bismarck wohl die meisten Stimmen erhielt, daß aber eine Stichwahl zwischen ihm und Neuleau vorgenommen werden mußte. Vor der Stichwahl aber erklärte Neuleau seinen Wählern, daß er aus Gründen, die er nicht mittheilen könne, gezwungen sei, seine Kandidatur zurückzuziehen, in Folge dessen das liberale Wahl-comité die Parole der Stimmenenthaltung ausgab. Die ultramontanen Wähler aber ließen den Grafen Bismarck ersuchen, ihnen seine Stellung zum Kulturmampf mitzutheilen, um event. ihre Stimmen auch für ihn abgeben zu können. Der Reichskanzlersohn antwortete, daß, wenn die den Kulturmampf betreffende Frage auf die Tagesordnung kommen sollte, er den Rath seines Vaters einholen und um so freudiger folgen werde, als er dessen versöhnliche Gesinnung kenne. Daraufhin erhielt der Graf Bismarck bei der Stichwahl auch die Stimmen der Ultramontanen. Das ist der Sachverhalt.

Der Verlauf dieser Wahl ist in mehrfacher Beziehung interessant. Zunächst geht mit ziemlicher Sicherheit daraus hervor, daß auf Neuleau von oben herab ein Druck ausgeübt wurde, um dem Reichskanzlersohn die Bahn frei zu machen. Und dieser Druck muß ein ganz besonders kräftiger gewesen sein, da Neuleau als starker, gesinnungsfähiger Mann bekannt ist, der sich nicht so leicht einschüchtern läßt. Letzteres beweisen seine Philadelphiaer Ausstellungsbücher, welche nicht nur der deutschen Industrie den Anstoß gaben, die Richtung der verderblichen Billigkeits-Konkurrenz zu verlassen und diejenige der Qualitäts-Konkurrenz einzuschlagen, sondern derselben auch eine heilsame Lection ertheilten, wegen des jept auf der Weltausstellung zur Schau getragenen Chauvinismus. Dieser Theil jener Briefe rief in den regierenden und hyper-chauvinistischen Kreisen bittere Gefühle hervor. Doch mußte man sich die schneidigen Worte des berühmten technologischen Gelehrten und Denkers gefallen lassen, da man nichts Schlagendes zu erwidern wußte. Die Vorurtheilslosen sagten: Neuleau hat auch in dieser Beziehung Recht, aber es gehört in seiner Stellung — er ist Geheimer Rath und Director der Berliner Gewerbeakademie — viel Mut und Energie dazu, so etwas ungeschminkt öffentlich zum Besten zu geben. Daz man nun auf gewisser Seite Alles aufbot, um den Eintritt eines solchen Mannes in den Reichstag zu verhindern, ist eigentlich selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß es energischer Mittel bedurfte, um dieses Ziel zu erreichen.

Jene Wahl ist aber auch insofern interessant, als durch jenen Brief des ultramontanen Wahlcomités an den Grafen Bismarck, der in Gastein bei seinem Vater weilt, der Reichskanzler gewissermaßen gezwungen wurde, reinen Wein über den Stand und die nächsten Aussichten der Ausgleichsverhandlungen mit Rom einzuschenken und daß nichts Anderes geantwortet werden konnte als: das wird sich schon geben, der Reichskanzler ist verhältnißmäßig bestimmt. Ein neuer Beleg für die Richtigkeit dieser Meinung, daß nichts definitives und beständigendes zu Stande gekommen.

Endlich erregt der Umstand gerechtes Aufsehen, daß die dortigen Ultramontanen überhaupt für den offiziellen Kandidaten, gewissermaßen für den Reichskanzler selbst stimmen — der erste Fall dieser Art — und beinahe noch mehr der andere, daß sie schon auf jenen inhaltslohen Bescheid hin, der dem Grafen Bismarck betreffs seiner Stellung zum Kulturmampf, bei Lichte betrachtet, die volle Freiheit läßt — zur Regierungspartei übergingen.

Dieser Fall ist ohne Zweifel eine Consequenz der Kissingen Verhandlungen. Allein es folgt daraus noch keineswegs, daß die Centrumspartei im Reichstag ihrer Mehrheit nach dem Beispiel ihrer Eichsfelder Gesinnungsgenossen folgen würde. Vorige Woche geschah ja erst von Seiten des Abgeordneten Schorlemmer-Alst in Trier eine gegenläufige Kundgebung. Diese Sache ist vielmehr in folgender Weise zu erklären: Der Mühlhausen-Langensalza-Wahlkreis gehört zu denjenigen, betreffs deren es ihm gelungen ist, sie zu einem eventuellen Zusammensehen mit der Regierung zu bestimmen. Es ist die Antwort auf das „Sie haben nichts zu bieten.“ Sie haben also doch etwas zu bieten, nach allen Nachrichten aber noch lange nicht genug, um den Reichskanzler zu befriedigen.

Tagesübersicht.

Thorn, den 17. September.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck ist gestern Mittag in Berlin eingetroffen.

Vorgestern empfing der Kronprinz des deutschen Reiches das Präsidium des Reichstages: Die Herren v. Borckenbeck, v. Stauffenberg und Fürst Hohenlohe-Langenburg, in seinem Palais. Der Vorstand des Hauses überreichte dem Kronprinzen die Glückwünsche der Repräsentation des deutschen Volkes zur glücklichen Wiederherstellung des Kaisers.

Die gestrige 4. Sitzung des deutschen Reichstages begann um 11 Uhr. Auf der Tagesordnung stand die 1. Berathung des Socialistengesetzes. Der Stellvertreter des Reichskanzlers Graf

Oto zu Stolberg betonte, daß die Regierungen keineswegs der Meinung sich hingeben, daß die gegenwärtige Vorlage allein genüge, den angestrebten Zweck zu erreichen. Es käme darauf an, Gottsfurcht, Treue, Sparhaftigkeit, Zuverlässigkeit im Handel und Wandel, im Volkseben wieder herzustellen. Pflicht der Regierungen werde es sein, dafür Sorge zu tragen, daß die bisherige Agitation nicht unter irgend einem Schein von Gleichheit künftig getrieben werde. Nicht um der Selbsterhaltung des Staats willen allein, sondern namentlich auch im Interesse der irregeleiteten arbeitenden Bevölkerung sei das unerlässlich. Der Reichstag möge, wenn er sich der Auffassung anschließe, daß außerordentlich Maßnahmen unerlässlich seien, auch scharfen Maßregeln, nicht halb zusammensetzen, mit welchen letzteren mehr geschadet werde. Abg. Reichenberger-Döpe genügt denn der Hinweis auf einige vorabschlußwürdige Mordihäten nicht, um mit ihnen die Notwendigkeit von Ausnahmemäßregeln gegen eine bestimmte Partei zu rechtfertigen. § 1 bezeichnete durchaus nicht, was das Gesetz treffen solle. Das Wort „Untergrabung“ sei vollständig unklar. Das Uebel vor dem wir heute stehen, sei uralt. Auf einzelne Details des Gesetzes eingehend erklärt er, daß er es trotz aller Bedenken doch anzunehmen sich entschließen können, wenn es den Zweck erreichen könnte, den es verfolgt. Die Hülfe indeß, welche nothwendig sei, könne nur das Christenthum bringen. Wenn er aber auch den Gesetzentwurf für unannehmbar und unanwendbar erachte, so halte er doch eine einfache Negation demselben gegenüber nicht für angezeigt. Das Strafgesetzbuch müsse härtere Bestimmungen, als bisher, betreffs der Vergehen gegen die Religion bekommen. Die Vorlage sei also allerwege abzulehnen. Abg. v. Heldorf constatirt die Bereitwilligkeit der deutsch-conservativen Partei der Vorlage im Ganzen und Großen zuzustimmen. Er müsse einräumen, daß das bestehende Recht nicht ausreichend sei. Aber er komme doch nicht mit dem Vorredner zu dem Schluß, daß mit dem gemeinsamen Recht zur Zeit eine Änderung eintreten müsse. Eine solche Reform sei gegenwärtig in keinem Falle angezeigt. Der § 1. der Vorlage habe eine vielfache Kritik wegen der ungenauen Definition hervorgerufen; inszwischen komme es in solchen Fällen weniger auf den Wortlaut, als darauf an, daß das Ziel bestimmt bezeichnet sei, welches er strebt werden. Voraus bei Beurtheilung der Vorlage. Alles genommen, sei die Frage, ob es geeignet sei, in praktisch wirkmer Weise den sozialdemokratischen Agitationen zu begegnen.

Abg. Bebel verlangt zunächst Auskunft von der Regierung darüber, wie eine Wolff'sche Depesche am ersten Tage des Nobiling'schen Attentates die bisher nicht widerlegte Unwahrheit habe verbreiten können, daß Nobiling das Zugeständniß gemacht habe, er habe sozialdemokratische Tendenzen. Er verlange, daß die Protokolle über die Untersuchung dem Reichstage und der betreffenden Commission vorgelegt werden. Aber nicht bloß das Attentat sondern auch die bei dieser Gelegenheit vorgenommenen Maßnahmen beklagt habe man seiner Partei mit Unrecht in die Schuhe geschoben. Der Redner geht auf die Entwicklung der sozialistischen Idee und die angebliche Unterstützung ein, welche seitens der preußischen Regierung bereits im Jahre 1862 den Sozialdemokraten angeboten sei, berührte die Konferenzen, welche 1863/64 zwischen dem Fürst Bismarck und Lassalle stattgefunden hätten, bei denen es sich um Oktozirung des allgemeinen Wahlrechts und Gewährung der Staatsmittel für Produktivgenossenschaften gehandelt habe, deren Abbruch von Lassalle ausgegangen sei. Nachdem Lassalle erschossen war, wären die Verhandlungen keineswegs abgebrochen, man hätte sich vielmehr bemüht, die Sozialdemokratie zu beweisen, um Deutschland zu einigen. Ähnliche Agitationen seien noch 1869 ins Werk gelegt. Im Jahre 1871 seien den Arbeitern endlich die Augen aufgegangen und Hr. v. Schweizer, der sie bis dahin mit großem Geschick geführt, sei abgesetzt worden. Besonders komme die Wirksamkeit des Geheimrats Bucher in Betracht. Mit diesem Gesetze werde jede wissenschaftliche Untersuchung unmöglich gemacht. Denn was ist die Sozialdemokratie? Wenn die sozialdemokratische Literatur mit diesem Gesetze getroffen werden sollte, wo würde die Grenze sein für die verbotene Literatur?

Dass aus dem Programm der Sozialdemokratie hervorgehe, daß sie die Änderung der bestehenden Verhältnisse mit Gewalt anstrebt, sei durchaus irrig. Humanere und idealere Ziele als die Sozialdemokratie habe keine andere Partei, die Sozialdemokratie, der nicht blos Handarbeiter angehören, sei sogar die einzige ideale in ganz Deutschland. (Widerspruch). Wenn man den Socialisten alle Rechte nehme, dann müsse man ihnen auch die staatlichen Pflichten abnehmen. Mit Annahme des Gesetzes würde schließlich das erreicht werden, was es eben verhindern solle: es würde mit Notwendigkeit die Revolution herbeiführen. Mit Gewalt lasse sich der Socialismus nicht tödt machen; der Reichstag werde die Bewegung in Bahnen leiten, die der Mehrheit selbst nicht zusagen würden, wenn er den Weg nicht entschieden ablehne, den die Regierungen vorschlagen.

Der Königl. Preuß. Minister des Innern Graf zu Gulenburg erklärt, daß Nobiling ausgesagt habe: er habe an sozialdemokratischen Versammlungen teilgenommen und an den Lehren der Sozialdemokratie Gefallen gefunden. Er glaube nicht entfernt, daß die Sozialdemokratie direkt Urheberin der beiden Attentate sei; aber sie sei, wie auch die gesamte Presse mit Ausnahme der sozialdemokratischen, constatirt habe, für die Attentate verantwortlich. Diese Verantwortlichkeit werde auch festgestellt durch die laxe Beurtheilung des politischen Mords z. B. im Fall Wera Sassa-litsch. Auf die Anführungen des Vorredners bezüglich der Ver-

bindung der Regierung mit Führern der Sozialdemokratie könne er nicht eingehen, da er hiervon absolut nichts wisse. Uebrigens würde es sich sonst nur um die Richtung Lassalles gehandelt haben, die inzwischen von einer anderen Richtung verdrängt worden sei. Wenn die Regierung den Versuch gemacht habe, sich einer solchen Bewegung zu bemächtigen, so habe sie doch nur ihre Pflicht gethan. Die Behauptung, daß noch neuerdings von Männern, die der „Prov. Corr.“ nahe stehen, derartige Versuche gemacht seien, könne er bestimmt als eine Unwahrheit bezeichnen.

Abg. Bamberger beantragt die Verweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern. Er ist unbedingt für die Annahme einer gesetzlichen Maßregel, weist aber auf die mannigfachen und großen Schwierigkeiten im Einzelnen hin. Was die angebliche Annäherung des Reichskanzlers an Lassalle betreffe, so würde er den bezüglichen Mittheilungen Bebels nur dann trauen, wenn derselbe einen Beweis beibringen könne, daß ihm die von ihm angeführten Thatsachen aus eigener Anschauung bekannt seien. Diese Richtigkeit vorausgesetzt, werden jene Mittheilungen, bewiesen, daß man nur zu lange mit dem Feuer gespielt habe. Seine Freunde könnten die Vollmachten nur auf eine bestimmte Zeit gewähren. — Die Beratung ward beschlossen. Nächste Sitzung heute Vormittags 11 Uhr. Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung. Schluss 3½ Uhr.

Die Bildung einer freien parlamentarischen Commission für das Socialistengesetz wird im Reichstag von mehreren Seiten in Aussicht genommen. Es dürften sich hier Diejenigen zusammenfinden, welche sich in der vom Hause zu wählenden Commission nicht hinreichend vertreten glauben und majoritär zu werden fürchten. Mit andern Worten, es sind Diejenigen, welche der Annahme der Regierungsvorlage ohne wesentliche Modificationen nicht zu stimmen wollen und gewillt sind, in einer freien Commission Amendments zu vereinbaren, welche ihren Intentionen entsprechen. Neu wäre dieser Vorgang nicht in unserer parlamentarischen Geschichte und erklärte läßt er sich aus der Stimmung, welche durch das Auseinanderplagen der Meinungen in den Fraktionssitzungen hervorgerufen wurde. Beklagte man sich doch in den betreffenden Sitzungen darüber, daß nur die Führer der Parteien zu Worte kommen, während die Redner zweiten Ranges sich vergeblich bemühten, ihre Auffassungen und Vorschläge an den Mann zu bringen. Wenn übrigens bei dieser Gelegenheit Mitglieder Drohungen über ihren Austritt aus der Partei fallen gelassen haben, so darf dies nicht mit der Bildung einer freien Commission für das Socialistengesetz in Zusammenhang gebracht werden. Diejenigen, welche an die Berufung einer solchen Commission denken, sehen in ihr nur das Mittel zu einer Verständigung über drei bis vier Amendments zu den wichtigsten Punkten des Gesetzes. Von ihrer Annahme machen sie allerdings ihre Zustimmung zum Ganzen der Vorlage abhängig. Ihre Beschränkung erklärt sich ferner aus dem Umstände, daß in einer der Fraktionssitzungen von den Anhängern der Vorlage constatirt worden ist, gegen das Gesetz als solches habe sich kein principieller Widerspruch gezeigt und daß die Annahme des Entwurfs mit geringfügigen Modificationen allseitig empfohlen wird. Diese Auffassung wird übrigens lebhaft bestritten, und von einem namhaften Führer, welcher für die principielle Ändnung der Vorlage eintritt, hörte man den Auspruch: „Die Regierung darf nicht den Skandal wollen, sondern sie muß das Gesetz haben.“

Die Centrumspartei hat bisher eine bestimmte Stellung zu dem Socialistengesetz nicht vereinbart und sie wird eine einheitliche, geschlossene Meinung wohl erst während der Commissionsverhandlungen sich bilden. In jedem Falle waren die schon jetzt coursirenden Verhandlungen über eine unbedingte Ablehnung des Ausnahmegesetzentwurfs seitens des Centrums verfrüht. Von der Stellung des Centrums zu dem Entwurf wird das Schicksal desselben wesentlich abhängen. Verhält sich diese Partei eben so wie die Fortschrittspartei ablehnend, der zu Regierungsvorlage, so ruht das Schicksal in den Händen der nationalliberalen Partei, deren Amendements zu dem Entwurf schließlich die Unterstützung der geschlossenen conservativen Partei finden müssen, wenn diese den Entwurf nicht überhaupt fallen lassen will. — Die Mittheilungen über die Erörterungen in der gestrigen Fraktionssitzung der nationalliberalen Partei, welche in heutigen Zeitungen erwähnt sind, sind nach den uns zugegangenen Informationen ungern. Wiewohl in der Sitzung die Stellung der Partei zu den Bestimmungen des Entwurfs keine Präzisierung erhielt, so traten doch bei der Discussion zwei wesentliche Momente als Ausgangspunkte für das Verhalten der Partei hervor, erstens die Gelegenheit, auf eine Erwägung der einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs einzugehen, also im Prinzip mit dem Erlass eines gegen die Sozialdemokratie gerichteten Ausnahmegesetzes sich einverstanden zu erklären, und zweitens das Bestreben, die der Polizeigewalt durch den Entwurf gewährten außerordentlichen Befugnisse durch die Verlegung der Beschwerdeinstanz in ein richterliches Collegium zu fixieren. Es wird dabei vorausichtlich die Frage zur Erörterung gelangen, ob als Beschwerdeinstanz eine neue Behörde, also ein Richtercollegium ad hoc, oder bestehende Gerichtshöfe, etwa die höchsten Gerichtshöfe der deutschen Bundesstaaten statuirt werden soll. Das Letztere wäre im Interesse einer unbefangeneren Praxis, das Erstere dagegen im Interesse einer einheitlichen Praxis das Wünschenswertere.

Die nationalliberale Fraction hat gestern in einer zweiten Sitzung das Socialistengesetz artikelweise durchberaten, ohne jedoch Beschlüsse zu fassen. Dazu wird man wohl erst nach der zweiten Lesung im Plenum überhaupt gelangen, weil bis dahin die Erklärungen der Regierungen und die Beschlüsse der Commission vorliegen werden. Der Austausch der Meinungen in der Fraction betrifft die schon wiederholte bezeichneten Cardinalpunkte des Entwurfs, so wie einen festzustellenden Termin für die Dauer des Gesetzes. Die Fassung des §. 1 wurde von mehreren Seiten als unannehmbar erklärt.

Im "Piegner Stadtblatt" macht der "Geheime Rat" auf die Bedeutung der Gewerkvereine im Kampfe gegen die Socialdemokratie aufmerksam. Er wendet sich energisch gegen die Ansicht, welche in einzelnen Kreisen der Arbeitgeber herrscht, daß man nämlich berechtigt sei, Gewerkvereinler und Socialdemokraten in einen Topf zu werfen, weil angeblich die Bestrebungen Beider auf Eins hinausließen, während sie doch wie Tag und Nacht verschieden seien. "Die Gewerkvereine bezwecken allerdings den Schutz und die Förderung der Rechte und Interessen der Arbeiter." Die Unterscheidung von der Socialdemokratie ist aber eben so einfach, wie klaffend. Die Socialdemokraten sind Feinde der bestehenden Rechts- und Wirtschaftsordnung und Revolutionäre — verbunden durch den dreifachen Hass gegen Kirche, Staat und Eigentum. Die Gewerkvereinler stehen dagegen auf dem Boden unseres Reiches, unserer Staates, unserer Gesellschaft und Sitte und sind Reformer. Die Gewerkvereine haben nie abgelaufen von Kaiser und Reich, von König und Vaterland — nie einen Eingriff in das Heiligtum der Familie durch gemeinsame Kinder-Erziehung oder gar durch freie Ehe geplant, — nie den Abfall von der Religion gepredigt, — nie an Aufhebung des Privateigentums durch staats-socialistische Gütererzeugung gedacht, sondern im Gegenteil immer den eigenen Herd als Goldes werth erwartet und Fleiß und Sparsamkeit für die einzige sichere Staffel zum Vorankommen gepriesen. Wir sind, schreibt Jakobi, der Literatur und dem Gebahren der Gewerkvereine seit Jahren gefolgt, lesen die denselben dienende Zeitschrift, "Die sociale Frage", fortwährend mit Ausmerksamkeit und können auf Grund dessen mit Zuversicht bezeugen, daß diese Arbeiterpartei sich von allen socialdemokratischen Anwandlungen fern hält und von den Socialdemokraten eben so redlich gehaßt und befeindet wird, wie von den Staatsocialisten." Die Gewerkvereinler waren bei den Reichs- und Landtagswahlen stets treue Verbündete des Bürgerthums. Wenn man ihnen ihr Trachten nach Sohnerhöhung und Verminderung der Arbeitszeit, ihre Agitation überhaupt und ihre Streiks vorwirft, so darf man Eins nicht vergessen: jene gewerkvereinlichen Gebährungen, über welche gellagt wird, bewegen sich nicht gegen das Gesetz, sondern beruhen auf gesetzlicher Zustellung des Gesetzes, sind also rechtlich durchaus erlaubte Maßnahmen. Und eine Rückkehr zu jenen Verbolen der älteren Gewerbeordnung, welche dahin lauteten: "Die Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu gewissen Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit verabreden u. s. w., sollen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden", ist doch in Wirklichkeit undenkbar, weil sie dem reinen Polizeistaate angehörten, den Arbeiter wehrlos machten und daher entschieden ungerecht waren. Vor allem macht Geb.-Rath Jakobi darauf aufmerksam, daß die Gewerkvereine, ganz im Gegensatz zu den Socialdemokraten, wie zu den Staats-socialistischen und Christlich-Socialen, grundhäßlich auf der Rechts- und Wirtschaftsordnung des deutschen Bürgerthums stehen und daher Verbündete aller Ordnungsparteien sind. Der hochinteressante Artikel schließt: "Reichen wir ihnen und den Arbeitern überhaupt die Hand und ziehen sie zu uns herauf, namentlich durch Unterstützung ihrer Bildungsbestrebungen. Der Ernst der Zeit gebietet mehr wie je, Gewicht zu legen auf das, was einst, nicht was trennt. Wir haben alle Verantwortung, lebhaft zu wünschen, daß da nun einmal unsere Zeit zur Interessenvereinigung allüberall hindringt, — unser Arbeitertand, je länger, je mehr, von den edleren Elementen und dem Friedensgedanken und der gewerkvereinlichen Strömung erfaßt werde. Dies ist eins der wirksamsten Mittel gegen die Socialdemokratie. In England gehören über eine Million Arbeiter den Gewerkvereinen an; das hat gefünde gesagt — seine Schwärtseite, doch die Lichkeiten überwiegen, und das Giftkraut der Socialdemokratie kann dort nicht auskommen."

Schon seit langerer Zeit macht sich auf Seiten der Justizverwaltung das Bestreben bemerkbar, die Beamten der Staatsanwaltschaft am Sitz größerer Gerichte zu konzentrieren, von wo aus sie die Geschäfte für kleinere Gerichtsbezirke mitverfolgen. Ursprünglich war bei jedem Kreisgerichte ein besonderer Staatsanwalt angestellt. Im Laufe der Zeit wurde ein großer Theil dieser Stellen wegen nicht hinreichender Beschäftigung der betr. Beamten gänzlich eingezogen, während viele andere Stellen nach anderen Orten verlegt wurden, so daß es jetzt als Regel zu betrachten ist, daß zwei, drei und nach Bedürfnis noch mehrere Beamte

Der Erbe von Syberg.

Roman von Emil König.

(Fortsetzung.)

Während der letzten Worte waren die beiden Spaziergänger durch das Brandenburger Thor geschritten und bemerkten unter den Kindern eine außergewöhnliche Menschenmenge auf u. niedrigwogen, besonders befand sich vor dem königlichen Palais und das Denkmal des alten Fritz ein solcher Menschenhaufen, daß sie nur mit Mühe sich hindurchzuarbeiten vermochten.

Dazwischen riefen die Zeitungsverkäufer:

Neueste Depeschen: die Kriegserklärung, Mobilmachung der Armee.

Fritz lasste ein solches Blatt. Es war entschieden. Die Kriegserklärung war überreicht. Wir schrieben an jenem verhängnisvollen Tage den 19. Juli 1870.

Die Ereignisse folgten einander jetzt Schlag auf Schlag.

Der Reichstag des Norddeutschen Bundes wurde eröffnet. Franz hatte sich vor dem königl. Schlosse aufgestellt, um seinen König bei der Aussicht noch einmal wiederzusehen. Das gelang ihm auch, und mit einer gewissen Rührung sah er den ehrwürdigen Herrn in offener Equipage, überall hin grüßend, aus dem mittelsten Seiteneingange des Schlosses fahren. Der greise Fürst schaute heute tief ernst darein.

Seinem Gefährt folgten die Equipagen, in welchen sich die königl. Prinzen und Prinzessinnen befanden. Besonders war es die stattliche Figur des Kronprinzen und dessen männlich schönes Gesicht, welches der alte Militär mit Wohlgefallen betrachtete.

Auch die Kinder des Kronprinzen, die, einfach gekleidet, entblößten Hauptes durch die Menge führten, gefiel dem westphäl-

ischen Staatsanwaltschaft sich an einem Orte vereinigt finden. Nach Durchführung der Gerichtsorganisation wird dies in noch erhöhtem Maße der Fall sein, da Beamte der Staatsanwaltschaft — mit Auschluß der Amtsbeamten — nur am Sitz der Landgerichte ihres Wohnort haben, mithin die Mehrzahl von Städten, welche sich gegenwärtig im Besitz staatsanwaltschaftlicher Behörden befinden, dieselben verlieren werden. Für die Beamten wird diese neue Einrichtung manche Unannehmlichkeit haben, da sie den oft wünschenswerthen Verkehr mit Fachgenossen und die gegenwärtig oft mit großen Schwierigkeiten verknüpfte gegenseitige Vertretung überall ermöglichen, ob sie sich aber in gleicher Weise förderlich für die Strafrechtspleide zeigen möchte, muß bezweifelt werden. Abgesehen davon, daß in vielen Fällen Personal- und Localkenntnis, die sich nur an Ort und Stelle erwerben läßt, von nicht zu unterschätzendem Werthe für eine schwebende Untersuchung ist, wird auch die Schnelligkeit des Eingreifens beeinträchtigt werden, weil bei den eintretenden Entfernungen vielfach ein kirchlicher Verkehr mit anderen Behörden eintreten muß, wo gegenwärtig in den allermeisten Fällen höchst förderliche Besprechungen stattfinden können. Von diesem gewiß richtigen Gesichtspunkte aus erscheint es geboten, wenigstens an denjenigen Orten einen Beamten der Staatsanwaltschaft zu belassen, an denen eine sogenannte detaillierte Strafkammer errichtet werden soll, eine Behörde, welche mit Ausnahme der Schwurgerichtssachen über Criminalfälle zu entscheiden zuständig sein wird. Auf diesen, für die künftige Gestaltung des Strafverfahrens nicht un wesentlichen Punkt hinzuweisen, dürfte grade jetzt die geeignete Zeit sein, da gutem Vernehmen nach im Justizministerium die Arbeiten behufs Regelung der Personalfrage im Gange sind.

Der "Fanfusa" bringt folgende Mittheilungen, für welche demselben die Verantwortlichkeit überlassen werden muß: Zwischen England und der Pforte seien die Grundlagen eines neuen Vertrages festgestellt worden, durch welchen Ägypten unter das Protektorat Englands gestellt werde, die englische Regierung werde dem Khedive bedeutende Einkünfte zuwenden und eine englisch-französische Commission zur Verwaltung der ägyptischen Finanzen ernennen. Der französische Minister des Auswärtigen, Waddington, sei anfangs sehr gegen diese Kombination gewesen, habe aber schließlich der Preßion Lord Salisbury's nachgegeben, der deshalb die Reise nach Paris gemacht habe; Lord Salisbury habe auch darauf bestanden, daß Frankreich Tunis besetzen solle. — Der italienische Gesandte in Tanger hat unterm 13. d. die Nachricht, daß er von Mauers insultirt worden sei, für unbegründet erklärt. — Die "Opinione" erfährt, aus einem zwischen Frankreich und Italien stattgehabten Meinungsaustausch ergebe sich, daß der Deputierte Musso sich in keinerlei Mission nach Tunis begeben habe, welche einen Argwohn der französischen Regierung erregen könnte. Jeder solche Argwohn sei durch die aufrichtigen Erklärungen der italienischen Regierung zerstreut worden.

Der Familie des ermordeten Mehemed Ali ist nach dem "Standard" vom Sultan eine Pension von 15,000 Piastern ausgesetzt. Andere Familien der in Albanien ums Leben gekommenen Soldaten haben ebenfalls Pensionen erhalten. Ob die Pensionen auch gezahlt werden?

Aus der Provinz.

Kulm, 16. September. Provinzialrath Dr. Kruse unterzog am letzten Freitag die höhere Bürgerschule einer eingehenden Revision. Am folgenden Tage fand unter seinem Vorsitz die Abiturientenprüfung statt, bei welcher der einzige Abiturient Liebenhagen die Prüfung bestand. Hoffentlich wird der Anstalt jetzt die Berechtigung zuerkannt werden, ihren Abiturienten das Zeugnis für den einjährigen freiwilligen Militärdienst zu ertheilen. — Die Herbstferien für die Bürger- und Töchterschule beginnen am 5. Oktober, die der städtischen Elementarschulen am 28. und die der Landschulen am 21. September. — Gestern Nachmittag rückte unser Füsilierbataillon wieder in seine Garnison. — Gestern Abend gaben zwei junge Künstler, die Herren Poniecki und Kimmel unter Mitwirkung von Fräulein Martha Schmidt ein Concert im Schwarzen Adler, welches sehr stark besucht war. Die Leistungen haben im Allgemeinen recht befriedigt.

Marienwerder, 16. September. Zum 1. October d. J. legt der erste wissenschaftliche Lehrer an der städtischen höheren Töchterschule, Candidat Wagner, sein hiesiges Amt nieder, um in Erlangen sich der akademischen Laufbahn zu widmen. Zu demselben Zeitpunkte tritt Candidat Selske, welcher seit Ostern die vierte ordentliche Lehrerstelle an der hiesigen höheren Bürgerschule veraltet, wegen Übernahme einer andern Stelle aus dem städtischen Dienste. — Zum Gedächtniß des kürzlich heimgegangenen General-Superintendenten der Provinzen Ost- und Westpreußen, Dr. Moll, werden die drei Reden, welche beim Leichenbegängniß des Verstorbenen vom Militäroberpfarrer Dr. Hase und Consistorialrath Hofprediger Pelska gehalten worden, zum Preise von 30 d.

schen Patrioten, und als er gar hörte, der König sei direct nach dem Mausoleum im Park des Charlottenburger Schlosses, der Grabstätte seiner Eltern gefahren, war er durch solch' eine Pietät tief ergriffen.

Es gelang ihm auch, der berühmten Sitzung des Reichstages beiwohnen zu können, in welcher die Kriegsanleihe fast einstimmig genehmigt wurde.

"Also endlich doch," jubelte es in seinem Innern, "ist Deutschland dieses und jenseits der Mosel in der Stunde der Gefahr einig! Jetzt mag der Franzmann kommen!"

Wenige Tage nach dieser Begegnung schon wurde das Regiment, zu welchem Fritz gehörte, per Bahn nach der französischen Grenze befördert. Franz befand sich auf dem Bahnhofe, als der Zug abfuhr.

Es war ein recht schmerzlicher Abschied, des alten von dem jungen Krieger, und während Fritz mit frohem Jugendmuthe den unzähligen Gefahren, die ihm drohten, entgegenseit, schaute ihm der brave Franz mit summervollem Blicke nach. Mit ihm schied ja das Ziel und die Hoffnung seines ganzen Lebens.

In Folge der ungeheuren Truppentransporte war der Verkehr für Personen auf den Eisenbahnen kurze Zeit eingestellt und der Privatgüterverkehr gehemmt. In Folge dessen sah sich Franz genötigt, seinen Aufenthalt in der Hauptstadt zu verlängern, bis der Personenverkehr wieder aufgenommen wurde.

Der junge Bicewachtmeister, das Kind der Sorgen und der Mühe Franzens und des Pfarrers, war unter der hingebenden Pflege und sorgfältigen Erziehung des Bispinghoff prächtig geistig. Der Knabe hatte die ausgezeichneten körperlichen und geistigen Anlagen offenbart, die zu entwickeln der Brüder Lebensaufgabe gewesen waren, und während der Pfarrer ihn in den Wis-

in der ostpr. Zeitungs- und Verlagsdruckerei verkauft. Photographien Molls in großem und kleinem Format sind in der photographischen Anstalt von Gottheil u. Sohn in Königsberg zu haben.

Mewe, 16. September. Der am vergangenen Sonntag in dem benachbarten Wallfahrtsorte Peßken stattgefunden Abend war ungeachtet der Concurrenz mit Dietrichswalde ungewöhnlich stark besucht. Selbst aus den Kreisen Marienburg, Berent und Graudenz waren Leute gekommen. Zwanzig Geistliche waren erschienen, die von früh bis spät im Beichtstuhle thätig waren.

Dirschau, 16. September. In unserer Stadt ist die Chefrau eines Weichenstellers, welche ganz gesund nach Dietrichswalde gepilgert war, bald nach ihrer Rückkehr von religiösem Wahnsinn fallen worden. Mit dem Rosenkranz in der einen Hand, mit der Anderen alles zertrümmernd, irrte die Unglückliche schreiend in ihrer Wohnung umher und mußte deshalb in's Stadtlazareth befördert werden.

Elbing, 16. September. Herr Oberpräsident Dr. Achenbach der am Freitag und Sonnabend zum ersten Male seit der Übernahme seines jetzigen Amtes in unserer Stadt weilte, fand hier überall einen recht sympathischen Empfang. Bei seiner Ankunft am Donnerstag Abend begrüßten ihn die Vertreter der Stadt und der Landrat auf dem Bahnhofe. Vor gestern früh ward dann die Fahrt mit dem Hafendampfer "Hoffnung" zur Besichtigung der Hafenbauten angereten. Von hier aus fuhr man nach Kahlerberg, das sich in reichem Flaggenschmuck präsentierte. Nach Eintritt des Dinners derselbe stattete der Hr. Oberpräsident der ihn ebenfalls im Festschmuck begrüßenden Stadt Tolkmüt einen Besuch ab und fuhr dann mit seiner Begleitung nach Gadien und Pankau und kehrte erst Abends nach Elbing zurück. Gestern Vormittags wurden die Neufeldtsche und Schichausche Fabrik, die hiesigen Schulen &c. besucht und Mittags begab Dr. Achenbach sich nach Marienburg, um den Rest des Tages der Besichtigung dieser Stadt zu widmen.

Labiau, 26. September. In vergangener Woche fand man im Pöpeler Forst ein verendetes Glenn. Da es noch warm war, wurde es nach der Stadt gebracht und hier zerlegt und verkauft. Das stattliche hatte 610 Pfund Gewicht, eine Länge von 7 und eine Höhe von 6 Fuß. Beim Zerlegen fand sich eine Schußwunde im Kopf vor, die dem Thiere vermutlich ein Wildtier beigebracht hat.

Bromberg, den 16. September. Unsere Commune verwaist täglich mehr. Nachdem am 13. März Bürgermeister v. Buchholz nach kaum einjähriger Amtshälfte gestorben war, beeilte sich unsere Stadtvertretung, der Verwaltung ein neues Oberhaupt zu geben, um die Nachtheile, die mit einem Interregnum stets verbunden zu sein pflegen, so bald als möglich zu beseitigen. Am 4. Juni wurde bekanntlich Kreisrichter Bachmann aus Thorn für das Amt eines ersten Bürgermeisters hier gewählt und am 12. des selben Monats die Acten der Regierung eingereicht. Unterdessen hat die Stadtverordneten-Versammlung in Rücksicht der stets wachsenden Arbeitslast der Communalverwaltung auch für die Stelle des zweiten Bürgermeisters und Syndicus, welche nach dem Rücktritt des Justizrats Gehler, der bis dahin dessen Amt vorgetragen hatte, unbesetzt war, ihre Wahl getroffen. Die Hoffnung aber, die Berufung des Kreisrichters Bachmann zur ersten Bürgermeisterstelle recht bald bestätigt zu sehen, ist bis jetzt leider unerfüllt geblieben, obwohl diese Hoffnung unter den gegenwärtigen Umständen gewiß eine berechtigte war. Denn außerdem, daß nicht nur die beiden ersten Magistratsämter unbesetzt sind, ist auch gegenwärtig ein besoldeter Stadtrath beurlaubt, so daß sich die Verantwortlichkeit und Arbeit für die übrigen Mitglieder des Magistrates in ganz erheblicher Weise vermehrt. Ein solches Interimstitut in der Bewegung der Decernate und in der Verwaltung überhaupt ist ein Notstand, dessen baldige Beseitigung erwartet wird. Je schwieriger die Lage einer Verwaltung ist, je mehr wir unter dem Bewußtsein leben, daß trotz der gewaltigen Steuerburde die Mittel immer noch zu gering sind, um alles das zu schaffen, was für das Wahl der Stadt erforderlich ist, desto eher ist es notwendig, daß eine einheitliche regelmäßige Leitung des Communalwesens den städtischen Behörden ihre schwere Pflicht leichter erfüllbar macht und jene Regelmäßigkeit in der Verwaltung eintritt, welche nach einem gefunden System mit den gebotenen Mitteln das Beste zu leisten versucht.

Schrimm, 15. Sept. Das hiesige evangelische Kirchspiel, welches seit etwa 40 Jahren besteht, und dessen erster Prediger, Pastor Balk, noch heute die Seelsorge in der Gemeinde versieht, besitzt eine kleine, aber recht freundliche Kirche. Diese gehörte vor Gründung des Kirchspiels den Katholiken, wurde aber in Folge der Säkularisation der Klostergüter der evangelischen Gemeinde überwiesen. Durch die Fürsorge des Gemeindeliktenrats ist das Gebäude stets in bestem Zustande erhalten worden und wird auch gegenwärtig eine auf 600 Mr veranschlagte Reparatur auf das Neuhäuse desselben verwendet. Es ist dies für die kleine Gemeinde, welche incl. Militär nur 1800 Seelen zählt, immerhin recht anerkennenswert, zumal dieselbe erst vor einigen Jahren einen neuen Glockenstuhl aus eigenen Mitteln erbaut und drei große Glocken zum Theil neu angekauft hat.

senschaften so weit vorbereitet hatte, daß er, kaum achtzehn Jahre alt, in die Prima eines Gymnasiums aufgenommen wurde und bald darauf das Abiturienten-Examen abzulegen im Stande war, hatte es Franz, der nicht umsonst vor Zeiten der beste Reiter der Reitschule in Schwedt gewesen war, für seine Pflicht gehalten, seinen Neffen im Turnen, Fechten, Reiten und Schwimmen zu unterrichten.

In den Läden des Gymnasiums und später auf der landwirtschaftlichen Akademie zu Eldena war Fritz unter den Namen von Nürnberg, genannt Bisplinghof, eingetragen.

Die väterlich sorgenden beiden Oheime ließen es dem jungen Studenten der Landwirtschaft an nichts fehlen; sie sandten ihn auch, noch ehe er als Einsährig-Freiwilliger bei den Gardedragonen eintrat, behufs seiner Ausbildung ein Jahr lang auf Reisen.

Bei einer solchen Vorbildung konnte es Fritz nicht fehlen, ein glänzendes Offiziers-Examen abzulegen und bei seinen reichen Geldmitteln hatte er die besten Chancen, gewählt zu werden. Kurz vor den vorerwähnten Ereignissen war er als Offiziers-Aspirant zu einer sechswöchentlichen Dienstleistung zu seinem Regimente einberufen, und in diese Periode gerade fiel die Mobilisierung der Armee.

Auf dem Bisplinghof und in dem Pfarrhaus in der Soester Börde verging kein Tag, an dem die Brüder nicht sehnüchsig des Landbriefträgers harnten und selten verließ der Bringer der Zeitungen und Briefe den Hof und die Pfarre anders, als frischgefärbt und reichlich beschickt.

Täglich erhielten auch die beiden Brüder die Siegesnachrichten vom Kriegsschauplatz und teilten die Freude mit Tausenden darüber; so oft aber ein Brief von Fritz eintraf, war ein förmlicher Festtag, und die Frau Pfarrer opferte ein Paar Flaschen Wein mehr, als gewöhnlich. Als aber gar die Nachricht von Fritz er-

Birnbaum, 16. September. In Bezug auf den gemeldeten Tod Nobilings mag hier folgender Vorfall eine Stelle finden: Der Geburtsort Nobilings, Kollno (jetzt Culm), hat in seiner Nähe einen prächtigen Eichenwald, der von den Birnbauern vielfach seiner hübschen Lage wegen besucht wird und auch bis vor 2 Jahren stets als Festplatz für die Sedanfeier benutzt wurde. Am Sedantage machten die erwachsenen Knaben der Simultanschule mit ihren Trommeln und Pfeifen einen Ausflug nach den Eichen. Indes möchte der Jugend der Aufenthalt etwas langweilig werden, sie beschlossen daher, dem Gutshofe einen Besuch abzustatten. Wohlgeordnet, mit Trommelwirbel und Pfeifenklang, marschierten sie dort auf, sangen mehrere patriotische Lieder und brachten ein Hoch auf den Kaiser und dann auch auf den Gutsherrn aus. Letzterer, der königl. Domänenpächter Dr. Boldt, mischte sich mit seiner Familie unter die jugendliche Schaar und ließ dieser zur Stärkung einige Röthe Obst verabfolgen. Beim Abmarsch gab Dr. Boldt einem der Knaben dann noch 10 Mr., wofür Hector Pechner Schulutensilien ankaufte und diese dem Wunsche d. s. Geb. rs gemäß unter die Knaben vertheilte. Ein hiesiger Schneider begleitete die Knaben auf ihrer Wanderung und als diese im Begriff waren, Culm zu verlassen, legte er dem ältesten Sohne des Dr. Boldt, einem Knaben von etwa 7 Jahren, wie segnend die Hand aufs Haupt und sagte dabei: „Gott verhüte, daß noch einmal ein so ungerathener Mensch aus diesem Hause hervorgehe.“

Locales.

Thorn, den 17. September.

— Die drei Abiturienten aus Real-Prima Meyer, Schirlitz und Hasenbalg haben das Zeugniß der Reife erhalten.

— Sitzung der Handelskammer für Kreis Thorn vom 16. September. Anwesend die Herren: Comm. Rath Adolph, Vor. Dr. v. Dominikus, Kitterl, Mallon, Heilbron, Moskiewicz.

Vor Eintritt in die Tages-Ordnung theilte ein Mitglied der Handelskammer mit, daß die Mittel zum Bau des Winterhafens bewilligt seien, man jedoch wegen der Eisfahrt im nächsten Frühjahr mit dem Bau beginnen werde. Die H. K. sprach den Wunsch aus, daß der Hafen alsdann vor Johanni fertig gestellt sein möchte, um dem etwaigen Hochwasser Widerstand bieten zu können. — Ein Mitglied der H. K. brachte eine Angelegenheit zur Sprache, welche hiesige Börse kreise bereits seit längerer Zeit beschäftigt. Eine hiesige Firma sendet auswärtigen Zeitungen Marktberichte zu, in welchen die Preise zu hoch normirt sind, wodurch einesfalls auswärtige Verkäufer namentlich aber auch das Ansehen der hiesigen Marktberichte geschädigt werden. — Zur Verbesserung des Wechselufers ist durch den Magistrat die Erwartung des Vollwerts zugesagt. Es soll zu demselben das Material der abgebrochenen Brücke verwendet werden. Die H. K. wird s. B. im Frühjahr einen bezüglichen Antrag an den Magistrat stellen. — Die Bromberger H. K. überwandte der hiesigen H. K. eine Petition deutscher Händler gegen die Beträgeren der Brückepächter in Plock und Wloclawek im Original. Die H. K. beschloß, dieses Actenstück zu der bereits vor mehreren Wochen in der gleichen Angelegenheit von hier aus dem Ministerium eingereichten Petition zu übersenden.

Die H. K. nahm Kenntniß von dem Jahresbericht der Ostbahn pro 1877/78. Derjelbe bringt in der Übersicht des Güterverkehrs nur noch die Zahl der Wagenladungen, nicht mehr die Specification der Waarenarten nach Menge und Gewicht. Diese äußerst wünschenswerthe Statistik wird von der Geschäftswelt schmerlich vermischt und die Übersicht des Güterverkehrs hat durch den Mangel derselben jedes Interesse verloren. — Zu der Conferenz der Oberschles. Bahn welche im October stattfinden soll, wird ein Delegirter entsendet werden, dessen Wahl später stattfinden wird. Die hiesige H. K. wird folgende Anträge stellen: einen Differentialtarif auf Koble in gleichem Maße, wie er für Danzig gewährt ist; Heraufsetzung des Tarifes für Wagenladungen von 100 Etr. bei Massenartikeln, wie Eisen, Thonwaren, Schrot, Bink u. s. w.

Zur Ausführung der Tabaksenquete am Orte wurde eine Commission gewählt bestehend aus den Herren Adolf, Prowe, Heilbron. Die Commission bat dem Regierungskommissar namentlich ein Verzeichniß d. Tabakshändler und Fabrikanten, sowie auch der Kleinhandel mit Tabak treibenden Personen, wie Restaurateure, Budifer, Schankwirthe u. s. w. einzureichen. Wir hegen das feste Vertrauen, daß hier mit möglichster Genauigkeit verfahren werde. Denn in der möglichsten Präzision dieser Erhebungen wird der Volksvertretung die beste Waffe gegen das von der Regierung geplante Monopol geboten.

Der protestantische Verein hielt am 16. seine regelmäßige Monats-Sitzung; in derselben forderte zuerst Herr Prediger Gessell zur zeitigen Bestellung der protestantischen Flugblätter auf, von welcher vortrefflichen Zeitschrift, die jährlich nur 50g kostet, zur Zeit hier 31 Exemplare abgesetzt werden. Sodann wurde ein Schreiben des geschäftsführenden Ausschusses in Berlin verlesen, in welchem dringend zur Besichtigung des protestantischen Gotteshauses in Hildesheim am 8.—10. October aufgefordert und die Tagesordnung mitgetheilt wird. Es folgt der Vortrag des Herrn Dr. Brohm „Über die kirchliche Lehrfreiheit und das Gemeinderecht“, welches

schiene, er sei zum Offizier befördert, und später, daß er mit dem eisernen Kreuze decortirt sei, da war ein großer Jubeltag im Pfarrhaus und die Tante meinte:

„Wie würde sich Marie freuen, hätte sie diesen Tag erlebt! Gott schütze den Fritz und erhalte ihn gesund!“

So verging in fortwährender Spannung den Bisselinghoffen der Sommer und jener wichtige Wendepunkt des Krieges, der denkwürdige 2. September, erschien. Die Kunde von der Gefangenennahme des französischen Kaisers war bald auch zu unseren Freunden gedrungen und wurde von diesen mit aufrichtiger Begeisterung aufgenommen; sie meinten mit dem ganzen Volke, der Krieg sei zu Ende und feierten den Tag in würdiger Weise. Nun mehr hofften sie, auch ihren Liebling bald wieder in ihre Arme schließen zu können. Ihr Freude wurde noch durch einen Brief von Fritz erhöht, in welchem derselbe mitteilte, daß ihn ein ehrenvolles Commando auf einige Zeit nach der Residenz geführt habe. Auf dem Rückmarsche gedenke er, wenn auch nur auf einen Tag, bei den Seinen vorzusprechen.

11.

Ein Commando vom Kriegsschauplatz nach der Residenz gehörte für die Soldaten zu den angenehmsten Unterbrechungen jener Tage. Überall, wo sich einer der Helden blicken ließ, wurde er mit Enthusiasmus aufgenommen.

Fritz war Ende August eingetroffen; er hatte einen Trupp geführt, welcher Trophäen, eroberte Fahnen und Standarten, nach der Hauptstadt zu überbringen hatte. Dann hatte er noch eine Reihe dienstlicher Aufträge abzuwickeln, die mindestens einen Monat in Anspruch nahmen.

Im Grand Hotel oder Hotel de Rome hatte er sein Absteigen genommen. Der Zufall führte ihn gleich in den ersten

Thema für die erste Hauptverhandlung auf dem Protestantentag angezeigt. Der Vortragende gedachte zuerst der Schwierigkeit der vorliegenden Frage, ihrer Verknüpfung mit allen äußeren Verhältnissen und mit dem inneren Leben der Kirche und Gemeinde, die Antwort auf die Frage: „was soll, was darf der Prediger lehren?“ sei den Orthodoxen sehr leicht, schwierig aber für die Freunde der liberalen Richtung. Ref. hielt die Bezeichnung fester Grenzen, wenn auch weitgesteckt, für nothwendig. Quellen der christlichen Religion seien das Bedürfnis des menschlichen Gemüths, die gesunde Vernunft und die göttliche Offenbarung in der Bibel. Der Geistliche habe besonders das Wort Gottes zu verkünden, die Lehre Christi; diese sei vorzugsweise aus den Evangelien, namentlich aus den in diesem angeführten Reden Christi zu entnehmen. Die Episteln entfalten christliche Lehre gestattet nach der persönlichen Ansicht ihrer Verfasser, daher große Verschiedenheit, selbst Gegenseite der Meinungen. Die Schwierigkeit liege in der Frage: „wer hat das Recht die Grenzen der Lehrfreiheit zu bestimmen?“ Es wurde die Unzulänglichkeit alter in Rede kommenden Instanzen — Gewissen des Geistlichen, einer Behörde, die Gemeinde, eine Kirchen-Synode — nachgewiesen; und doch seien Grenzen nötig, wenn die Kirche nicht in unendlich kleine Bruchstücke zerfallen soll. Ref. fand das Mittel dazu in der Aufstellung eines neuen Glaubensbekenntnisses, welches keins der alten negiere. Ein solches Bekenntniß müsse so gefaßt sein, daß darin nichts der Lehre Christi widerspricht, jeder Satz sich auf das Wort der Bibel auf die Lehre Christi stützt, daß es keinen Satz der alten Bekenntnisse negire, daß vielmehr innerhalb des neuen die alten noch Raum finden, und daher die Anhänger der alten nicht nothwendig Widersacher des neuen werden müssen. Auch müsse ein solches neues Bekenntniß allgemein verständlich gefaßt sein, dürfen also die sogenannten Mysterien und der Vernunft unbegreifliche Lehren nicht enthalten; innerhalb der Grenzen dieses weiteren Bekenntnisses müsse vollkommen Lehrfreiheit bestehen der Art, daß die Anhänger der alten sich auch an diese fortdauernd binden und sie ungehindert beibehalten können. Es wurde über den 1. Theil des Vortrags die Debatte eröffnet, Herr Prof. Dr. Hirsch sprach gegen die Aufstellung eines Glaubensbekenntnisses, bisher habe kein solches Bekentniß zur Vereinigung, wohl aber zur Trennung geführt, Streit und Hader erweckt. Es bedurfte einer allgemeinen deutschen Volkskirche, wenn diese sich einstimmig zu der Befolung der Lehre Christi bekenne, so könne in dieser Kirche volle Lehrfreiheit bestehen. Herr Prof. Gessell führte aus, das Christenthum sei nicht so wohl Lehre, als auch die Gesinnung bewahrendes Leben, der Geistliche solle vor allem frommes Leben erwecken. Dr. Brohm entgegnete, das letztere, was Prof. Hirsch gefaßt habe, sei eigentlich dasselbe wie das von ihm ausgeprochene und bemerkte gegen Prof. Gessell in dem Thema für den Protestantentag sei von Lehrfreiheit, nicht vom Wesen des Christenthums die Rede. Hierauf kam der 2. Theil des Vortrags „über Gemeinderecht“. Es wurde dieses nur in Bezug auf die Lehrfreiheit behandelt. Der Vortragende sprach den Consistoriorum nur das Recht der wissenschaftlichen Prüfung der Geistlichen zu, für deren ausreichende Bildung im Interesse der Gemeinden wie des Staates gesorgt werden müsse. Die Gemeinde habe das Recht, sich den Prediger zu wählen, auch ein Glaubensbekenntniß von ihm zu fordern, nicht das Consistorium. Im Falle eines Wechsels seiner Überzeugung habe der Geistliche sich darüber mit der Gemeinde auszuseinander zu setzen. An der Debatte über diesen Punkt beteiligten sich hauptsächlich die Herren Hirsch, G. Prowe, Schirmer, Spill, Gessell, welcher auf die Schweizer Errichtung der Predigerwahl auf sechs Jahre aufmerksam machte.

— Verkehrsverhältnisse auf den Eisenbahnen in Russland. Die Moskauer Krakauer Eisenbahn hat die Uebernahme der auf die Kurst-Charkow-Asower Bahn übergehenden Güter bis auf weiteres sistirt. — Friedliche Stellen für Militär-Anwärter: Edtluhnen, Postamt, Postträger, 540 Mr. Gehalt, 60 Mr. Wohnungsgeldzuschuß. Kuggen, Postagentur, Landbriefträger, 480 Mr. Gehalt, 60 Mr. Wohnungsgeldzuschuß. Rhein, Gerichts-Commission, Kanzlist, 840 Mr. Gehalt. — Von Dietrichswalde. Wir haben seinerzeit mitgetheilt, daß gegen die fremden Geistlichen, welche sich am 15. August d. J. am Ablauf in Dietrichswalde betheiligt haben, die Untersuchung eingeleitet worden ist, und daß bei dieser Gelegenheit eine Zeugin die Zeugenaussage mit dem Bemerkern verweigert hat, daß sie die Geistlichen seien, sie aber nicht nennen werde. Wie der „Gonie Wielkopolski“ erfährt, der mit Propst Weichsel in sehr intimen Verbindungen zu stehen scheint, ist die Zeugin Fräulein Weichsel, eine Verwandte des Dietrichswalder Propstes, die auch wohl in Zukunft nichts aussagen wird, was die Gäste ihres Onkels compromittieren könnte. — Bekanntlich wurde im Frühling dieses Jahres in Lopienno von Schulkindern plötzlich eine Muttergotteserscheinung verkündet, und die Wallfahrten dahin begannen bereits, dem Gnadenorte Dietrichswalde Abbruch zu thun, als sich plötzlich die Behörde und der Propst ins Mittel legten und dem Schwindel rechtzeitig ein Ende machten, denn es hat sich herausgestellt, daß einfältige Bauerninder die ganze Sache erdacht haben. Am 8. d. Ms. kam die Madonna in Dietrichswalde wunderbarer Weise auf dieses Capitel zu sprechen; sie ließ nämlich die frommen Pilger durch ihre Phantasie gegen falsche Wunder warnen und erklärte, trotz der entgegengesetzten Aussage der Erfinder des Wunders von Lopienno — wie der „Gonie Wielkopolski“ herhaft erklärt —, daß in Lopienno und an anderen Orten sich auch ein Wunder ereignet habe, daß aber alle diese Wunder

Tagen nach seinem Eintreffen mit einer jungen Dame zusammen, die es verstand, das junge, unbewachte Herz schnell für sich zu gewinnen und zu fesseln.

Fräulein Helene von Gymnich war die Tochter eines armen pensionirten Beamten und Offiziers. Sie war nach Berlin mit einer alten, sehr reichen Dame als deren Gesellschafterin gekommen. Trotz ihrer abhängigen Stellung hatte sie von den Ansprüchen, zu denen Geburt und Schönheit sie berechtigten, eine nicht geringe Meinung, und gerade dies Selbstbewußtsein, welches den unverdienten Kränkungen der Frau von Horn gegenüber fälschlich einen Anstrich edler Würde erhielt, diente dazu, ihr das Herz des jungen Offiziers zu erobern.

Seinem männlich edelherzigen Sinne gestalt die mutige Sicherheit, die das jugendliche, schuglose Mädchen den Demuthungen ihrer Stellung entgegenzusetzen wußte, ihre Schönheit wirkte auf seine leicht erregbare Phantasie und ihr reicher Geist fand bei ihm vielseitige Anklänge.

Die jungen Leute waren schnell mit einander bekannt geworden; der günstige Umstand, daß beide Nachbarn an der table d'hôte waren, erleichterte die Annäherung wesentlich. Er führte als Offizier selbstverständlich Namen und Titel: Baron von Ramberg. Er wußte recht wohl, was derjelbe selbst in der Metropole wertig war, und er hatte seinem Onkel Franz, so sehr letzterer auch auf seinen eigenen guten Namen hielte, versprechen müssen, schon um der verstorbenen Mutter willen, sich dieses seines Rechtes nicht zu begeben.

Auch Fräulein Helene hatte ein gar feines und geneigtes Ohr für den Klang dieses Namens, der übrigens durch glänzende Mittel und durch ein stattliches Neugesicht gehoben wurde. Der hübschen Gesellschaftsdame pochte das Herz rascher, wenn sie im Geltse alle die Vorzüge ihrer Eroberung Revue passiren ließ, und der Gedanke, daß Fritz eben alle diese Vorzüge ihr eines Tages zu

eitel Trug des Herrschebens und von diesem infeniert worden sind. Uns scheint aus diesem Drakel die leidige Furcht vor einer nahen Concurrenz zu sprechen. In den Arrangements des Dietrichswalder Wunders scheint eine bange Ahnung aufzusteigen, daß die Behörde doch wohl ein Mittel finden werde, hinter die Geheimnisse des Wunders zu gelangen, und ihm ein würdiges Ende zu bereiten. Hierauf hat man das wunderliche Volk vorbereiten wollen und läßt durch die Vertrauten der Madonna verkünden, daß „die Not Dietrichswalde nahe.“

— Verhaftet: gestern fünf Personen wegen Bettelns resp. Verübung von Straftencandal.

Fonds- und Produkten-Börse.

Wetter: bewölkt. Tendenz unverändert flau.

Es wurde bezahlt für je 1000 Kilogr.:

Weizen 150—175 Mr.

Roggen alter 105 Mr. bez.

do. neuer 108—112 Mr.

Gerste russisch 95 Mr.

do. inländ. mittel 114 Mr. bez.

Hafer russischer 95—100 Mr.

Erbse Kochware 125—130 Mr.

Hutterware 118 Mr.

Victoria 150 Mr.

Winterrüben inländ. 230 Mr.

Thorn 17. September. R. Werner, vereid. Handelsmaler.

Danzig, den 16. September. Wetter: trübe. Wind: S.

Weizen loco fand am heutigen Marte ziemlich rege Kauflust, besonders für die besseren Sorten, und wurden behauptete Preise bewilligt, doch war der Schlüß des Marktes matt. Bezahlt ist für roth 127 pfd. 175 Mr., blauspitzig 127—131 pfd. 145—153 Mr., besseren 129 130 pfd. 165, 175 Mr., bezogen und bezahlt 121—127 pfd. 171, 173 Mr., bunt und hellfarbig 123, 125 pfd. 175, 176 Mr., hellbunt 126 129 pfd. 182, 188 Mr., alt hellbunt 123, 125 pfd. 184 187 Mr. pro Tonne. Russischer Weizen fand nur mäßigen Umsatz zu unveränderten Preisen und wurde gezahlt für roth Winter- bezahlt 125, 129 pfd. 152, 160 Mr. roth Winter 127, 130 pfd. 176 Mr., hellbunt 132 pfd. 193 Mr. pro Tonne.

Roggen loco unverändert, nach Qualität ist für inländischen gezahlt für 121 pfd. 113 Mr., 122 pfd. 117 Mr., 123 pfd. 118 Mr., 123/4 pfd. 118 1/2 Mr. pro Tonne. Gerste loco matt und nur für feinste Qualität leiste Preise zu bedingen gewesen; große brachte 103, 108, 110 pfd. 135, 140 Mr., gelbe 110/1 pfd. 150, 152 Mr., bessere 113 pfd. 158 Mr., feine 115, 116 pfd. 163, 167 Mr., alte 103 pfd. 105 Mr. pro Tonne. Erben loco mit 148 Mr., Mittel- 134, 135 Mr., Rütt- alte 105, 125, 127 Mr. pro Tonne gefaßt. — Hafer loco inländ. 103 Mr., Dotter russ. 195 Mr. pro Tonne bezahlt. Rüben loco fest, inländischer trocken 241 Mr., russischer nach Qualität 230—234 Mr. pro Tonne bezahlt. Raps loco fest, nach Qualität 255, 260, 265 Mr. trocken 270 Mr. pro Tonne bezahlt.

Telegraphische Schlussscourse

Berlin den 17. September. 16./9.78

	fest.
Russ. Banknoten	208—90 209
Warschau 8 Tage	208—50 209
Poln. Pfandbr. 5%	63—20 63—50
Zoll. Liquidationsbriefe	56—50 57—70
Westpreuß. Pfandbriefe	95—50 95—50
Wes.-preuß. do. 4 1/2%	101—20 101—40
Posen. do. neue 4%	94—80 95
Oestr. Banknoten	173 173—30
Disconto Command. Ant.	130—25 129—80
Weizen g. über	179—50 179—50
September-October	186—50 186—50
April-Mai	122 122
Roggen	120 120
loc.	120 120
September-Oktober	120 120
October-November	120 120
April-Mai	123—50 123
Rüböl.	60—10 60—80
September-October	59—60 59—60
April-Mai	60 60
Spiritus:	
loc.	56 55—60
September	55—60 55—70
September-October	52—80 52—70

Inserate.

Poliz. Bekanntmachung.

Die wiederholt vorgekommene Verwendung schulpflichtiger Kinder während der für den Schulunterricht festgesetzten Stunden zu ländlichen oder gewerblichen Arbeiten veranlaßt uns nachstehende Regierungs-Verordnung hiermit zur geaußenen Beachtung in Erinnerung zu bringen:

Auf Grund des § 11 des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 wird unter Aufhebung der Polizei-Verordnungen vom 30. März 1858 (Amtsblatt de 1858 Nr. 15) und 27. April 1862 (Amtsblatt de 1862) verordnet:

Wer ein nicht zur eigenen Familie gehöriges Kind unter 16 Jahren, welches nicht mit Zustimmung der Schuldeputation, beziehungsweise des Local-Schulinspectors aus der Schule entlassen ist, während der für den Schulunterricht festgesetzten Stunden zu ländlichen oder gewerblichen Arbeiten verwendet, wird für jeden Übertretungsfall mit Geldbuße von 1 bis 30 Mk. bestraft.

In Betreff der Verwendung von Kindern zum Viehhüten, der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken und der Strafbarkeit der Eltern und Pfleger, welche schulpflichtige Kinder ohne genügenden Grund aus der Schule behalten, verbleibt es bei den dieserhalb ergangenen besonderen Verordnungen.

Marienwerder, den 26. April 1876.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen u. Schulwesen.
Thorn, den 12. September 1878.

Die Polizei-Verwaltung.

Auktion.

Am Donnerstag den 26. September 1878

Vormittags 10 Uhr soll auf dem Festungsbauhofe eine Quantität alter unbrauchbarer Utensilien und Handwerkzeuge öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Kauflustige werden mit dem Bemerkten hierdurch eingeladen, daß die Verkaufsbedingungen im Termin bekannt gemacht werden.

Thorn, den 17. September 1878.

Königliche Fortification.



Pferdebesitzer,
die Futter sparen
wollen, sollten die
neuen Schrot- und
Drehschmühlen
des Eisenwerks
Gaggenau, Murg-
thalbahn, Baden,
bestellen. Für
Mr. 30 wird eine
Mühle von einem

Gtr. Leistung pro Stunde geliefert.

Die von Ihnen mir gelieferte Schrot- und Drehschmühle à Mr. 30 entspricht wirklich in jeder Beziehung den Anforderungen, ja übertrefft dieselben sogar. Ich kann mir wirklich keine bessere Maschine zu diesem Zwecke denken.

Gustav Graf Blücher

v. Wahlstadt. B. Baden.

Die Schrotmühle ist in meinem Besitz und erkannte ich wirklich, daß das kleine Ding mehr und leichter arbeitet, als andere Schrotmühlen, die 160 Mk. kosten. Auch gefällt sie allen halben.

E. Wülfing, Lehrer Zimmingen.
Auch von landwirthschaftlicher Versuchsstation Halle empfohlen.

Neu!

Aeols- oder Windharmonika,

deren melodische Accorde schon bei schwachem Winde auf das Harmonische erinnern, empfiehlt als außergewöhnliche Biedermeier-Gärten-Anlagen u. Parke, für Balkone und Terrassen, sowie für Berg- und Garten-Restaurationen, per Stück Mr. 6, mit verstärktem Ton Mr. 8. Mit vergoldeter Windfahne mehr per Stück Mr. 4.

A. Klinger,
Reichenberg,
Böhmen.

Keine Hühneraugen mehr!
Mein Hühneraugenpflaster, welches unter Garantie jedes Hühnerauge radial und schmerzlos in 2 Tagen beseitigt versendet à Schachtel 30 g. W. Graefe, Neuwaldensleben a. d. Bahn.

Sämmliche Neuheiten für die Herbst- und Winter-Saison in Kleiderstoffen, Mänteln &c.

theils persönlich im Auslande (Paris) theils im Inlande vortheilhaft eingekauft, sind bereits eingegangen und empfiehlt zu mäßigen Preisen das

Manufactur-, Seinen- und Confections-Geschäft

von

L. Bulakowski.

Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum Thorn's und Umgegend erlauben wir uns ergeben zu anzeigen, daß wir mit dem heutigen Tage Neustadt Nro. 91. ein Cigarren und Tabaksgeschäft eröffnet, und nur gute und wohlschmeckende Waare zu führen unser Bestreben sein wird.

Hochachtungsvoll

Bukofzer & Kaliski.



Mein
Geschäftslokal
befindet sich jetzt
Butterstr. 143,

im früher Sachs'schen Hause.

Indem ich dies zur
Kenntnis meiner geehrten
Kunden bringe, erlaube ich
mir zugleich, auf mein neu

und vollständig assortiert Lager aller Arten chirurg. und thierärztlicher Instrumente, Bandagen, Spritzen und Apparate zur Krankenpflege, Messer, Scheeren, sowie aller Sorten feiner Stahlwaren, ferner Operngläser, Brillen, Lorguetten, Pincenez in allen Fassungen, Barometer, Thermometer, sowie aller optischen und mechanischen Instrumente

aufmerksam zu machen.

Reparaturen sämtlicher Artikel, sowie das Schleifen von Messern und Scheeren werden in meiner neuingerichteten Werkstatt sauber und billig ausgeführt.

Gustav Meyer,
Bandagist und Mechaniker.

NEUE WESTPREUSSISCHE MITTHEILUNGEN.

(Marienwerderer Zeitung.)

Die vier Mal wöchentlich, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag Morgens erscheinenden Neuen Westpreußischen Mittheilungen bringen allgemein verständliche Leitartikel, eine reichhaltige politische Rundschau, ferner die Land- und Reichstags-Verhandlungen, wenden dem lokalen und provinzialen Theile sowie den wirtschaftlichen Interessen besondere Aufmerksamkeit zu und unterrichten ihre Leser in zahlreichen Originalberichten sofort über alle Ereignisse von Wichtigkeit. Ein gutes Feuilleton und das den Abonnenten zur Sonnabend-Nummer gratis beigegebene, sehr beliebte

Unterhaltungs-Blatt

leichtes ein Bogen stark — sorgen für eine angenehme, leichte Lectüre.

Der Abonnementpreis beträgt für Marienwerder nur 1 Mr. 50 d., bei allen Kaiserlichen Post-Anstalten 1 Mr. 80 d.

Abonner (12 d. pro 4gepalte Zeile) werden bei der großen Verbreitung des Blattes in den Provinzen Preußen, Posen und Pommern, stets den gewünschten Erfolg haben.

Zu recht zahlreichem Abonnement ladet ergebenst ein

Marienwerder, im September 1878.

Die Expedition: R. Kanter'sche Hofbuchdruckerei.

Zur gefälligen Beachtung.

Nerven- und Krampfleiden, Epilepsie,

Fallsucht,

werden durch ein naturgemäßes Heilverfahren vollständig für das ganze Leben hindurch geheilt.

Alle Unglücklichen, welche mit dem schrecklichen Uebel behaftet, mögen sich vertrauensvoll mit genauer Beschreibung über die Art und Dauer des Leidens wenden an

St. J. Gursch

Dresden, Kaulbachstrasse No. 31. I. Et.

N.B. Unbemittelte werden berücksichtigt!

3 wei möblierte Zimmer zu vermieten. | Zwei Pferdeställe zu vermieten.
Gulmerstraße 333. Gulmerstraße 333.

A. Kasprovic

pract. Zahnsatz

Johannisstraße 101

Sprechstunde 9—6.

Bur gefälligen Beachtung!

Meinen werten Kunden von der Bromberger und Fischerei-Vorstadt, zeige ich hiermit ergebenst an, daß ich fortan ein Lager von

verschiedenen Bieren

in meiner Wohnung,
Fischerei-Vorstadt 338
unterhalten, und solche zu gleichen Preisen, wie in meinem Geschäftslokal Buterstraße 145 abgeben werde.

B. Zeidler.

Zum bevorstehenden Wohnungswchsel.

Einem hochgeehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mein Möbel-Lager

bedeutend vergrößert habe. Durch vortheilhafte Baareinkäufe ist es mir möglich gut gearbeitete Nussbaum-, Mahagoni-, birke, ebenso gewöhnliche Möbel, zu auffallend billigen Preisen abzugeben. Plüschi- und Rips-Garnituren erster Qualität unter Garantie bester Polsterung höchst billig.

Adolph W. Cohn.

St. Annenstraße Nr. 187.

Meliorationen.

Projekte für Drainagen und Wiesenbauten, sowie deren Ausführung übernimmt der Ingenieur Matschke, Inhaber einer goldenen und silbernen Medaille für Meliorationsarbeiten.

Gefällige Aufträge werden erbeten Thorn ins technische Bureau Bäckerstraße 255, I.

Asthma

Sienerne Ruheung. Nicht als 1000 Beweise von Personen, welche durch die Methode des Hrn. Dr. Aubrey, in Fertig-Vidame (Euro.-et-Loire) geholfen wurden. Zur Unterstützung davon beziehe man die beständige Brochüre. Dieselbe wird gratis verlangt vom einzigen Depositar für Deutschland und die Schweiz A. Thomas, Apoth. in Bern (Schweiz).

Eine Gast- oder Krugwirthshälfst

sucht sofort zu pachten
A. Oppermann in Bromberg.
Rinkauer Straße 40.

Ein junger Mann, gelernter Spezialist, gegenwärtig Buchhalter, auch mit dem Farben- und Eisenwarengeschäft gründlich vertraut, sucht vom 1. Oktober Stellung gleichviel welcher Branche. Offerten erbeten unter C. S. in der Expedition dieser Zeitung.

Ein Agent, der einem jungen Manne zum 1. Octbr. eine Stelle nachweisen kann, wird ersucht, seine Adresse der Expedition dieser Zeitung zugehen zu lassen unter C. S.

Einen Hausdiener

sucht das Victoria Hotel.

Einen Lehrling

zum baldigen Antritt sucht B. Unruh.

Pensionnaire finden freundliche Aufnahme und gewissenhafte Pflege Brückenstraße Nr. 19, 1 oder 2 Tr. hoch.

Ein möbliertes Zimmer und Kabinet über auch 1 Zimmer, Neustadt Nr. 91 zu vermieten.

1 mbl. Wohnung, parterre, zu vermieten Lachmacherstr. 154.

2 ger. helle Kellerräume mit Feuerung zu jedem Geschäft sich eignend sind sofort zu vermieten Lachmacherstr. 155.

Wohnungen! sich eignend zum Geschäft sind zu vermieten. Mocke.

Schinauer, Fleischermeister.

In meinem Hause Neustadt 118 habe eine elegante Parterrewohnung zu vermieten. Meyer Leyser.

Räden nebst Wohnung Nr. 437 vermietet Adolph Leetz.

Eine gr. Wohnung u. Pferdestall zu vermieten Lachmacherstr. 185.

Brückenstr. 19 ist eine große Wohnung, ein Pferdestall, und zwei kleine Wohnungen zu vermieten. Näheres bei Hrn. Senator.

Neustadt 212

eine Wohnung mit Stallung für Droschkenkutscher sich eignend zu vermieten. Ein elegantes Zimmer mit auch ohne Möbel zu vermieten.

Neustadt 212.

1 möbliertes Zimmer vom 1. Oct. verm. Neust. Markt 237, 2 Tr.



Briessbogen mit der Ansicht von Thorn
à Stück 5 Pf., vorrätig bei
Walter Lambeck.

Damen-Filzhüte

jeder Art werden gewaschen, ächt gefärbt und modernisiert. Die neuesten Facons liegen zur Ansicht.

A. Rosenthal & Co.

Hut-Fabrik.

Eiserne Geldschränke, electrische Haustelegraphen, Closets in verschiedenen Größen und Eisenbahnmühlen zu Bauzwecken empfiehlt Robert Tilk.

Petroleum in reinster Qualität bei billigen Preisen, en-gros & en-detail, empfiehlt A. Kotze, Schülerstraße 414.

Kachel-Oesen

von 29 Mark bis 50 Mark sind zu haben bei

Feldheim

in Fordon.

Jede Breite Plissee's werden in meiner Arbeitsstube gebrannt.

L. Klammer, Damenschneiderin.

Ein Flügel sehr billig zu verkaufen. Weiße Str. Nro. 59/60 3 Trep. r. 18.

Saatrøggen (Probsteier) ist in Schewen veräußlich.

Ein Reitzeug (Sattel u.) wird zu kaufen gelucht. Geist. Offerten unter P. F. in der Exped. d. Stg. erbeten.

Rudolf Mosse.

Annoncen-Expedition sämtlicher Zeitungen des In- und Auslandes

Berlin Annoncen aller Art in die für jeden Zweck

passendsten

Zeitung und berechnet nur die Original-Preise

der Zeitungs-Expeditionen, da er von diesen die Provision bezahlt.

Insbesondere wird das "Berliner Tageblatt", welches bei einer Auflage von

67,000 Exempl.

die gelesenste Zeitung Deutschlands geworden ist, als für alle Insertionszwecke geeignet, bestens empfohlen.